

# Drohungen, Schläge, Vergewaltigung und sogar Mord

**Aktionstag macht auf Gewalt gegen Frauen aufmerksam.**

**Auch ehemalige oder aktuelle Partner sind oft unter den Tätern.**

**BÄRBEL SCHIERLING BERLIN / PFORZHEIM**



Beim moderierten „Thekengespräch“ stellen Sarah Hary (ProFamilia, von links),

Angela Blonski (Lilith), der Erste Bürgermeister Dirk Büscher und die Gleich-

stellungsbeauftragte Susanne Brückner die Kampagnen „Luisa ist hier!“ vor.

Hunderttausende Frauen werden Schätzungen zufolge jährlich Opfer von Gewalt durch ihre Ehemänner, Partner oder Ex-Partner. Aktuelle Zahlen des Bundeskriminalamts (BKA), die Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) am Montag vorlegte, zeigen: Im vergangenen Jahr sind in Deutschland 122 Frauen von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet worden – 114000 Frauen wurden Opfer von häuslicher Gewalt, Bedrohungen oder Nötigungen. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Katja Mast, die unter anderem Schirmherrin und Gründungsmitglied des Fördervereins für das Frauenhaus in Pforzheim ist, erklärte in einer Pressemitteilung: „Wir müssen hinschauen. Und zwar immer und überall. Gewalt gegen Frauen ist leider immer noch ein alltägliches Thema – auch in Pforzheim und dem Enzkreis.“ Mehr noch in der Stadt als in der Region, wie die Zahlen des Polizei-

präsidiums Karlsruhe zeigen. 2018 wurden demnach in Pforzheim 177 Fälle von Partnergewalt gegen Frauen verzeichnet, davon 101 im häuslichen Bereich. Rund zwei Drittel davon seien Körperverletzungen gewesen, sagte Polizeisprecherin Marion Kaiser. In das andere Drittel fielen etwa Vergewaltigungen, Nötigungen oder Erpressungen. Im einwohnerstärkeren Enzkreis waren es 140 Fälle von Partner- und 88 von häuslicher Gewalt.

Von einer „explosionsartigen Zunahme“ von Fällen von körperlicher oder sexueller Gewalt in Pforzheim und dem Enzkreis hatte Sabine Jost im Juni bei einem Pressegespräch berichtet. Die Geschäftsführerin der Diakonie Pforzheim hatte damals mit Kirsten Beiter und Regelindis Reusch die Zahlen der Fachstelle Häusliche Gewalt vorgestellt. 108 Fälle und 336 Kontakte hatten sie bis zur Jahresmitte bereits verzeichnet. 2018 waren es bis zum Stichtag 1. Oktober 786 Kontakte und 186 Klienten gewesen. Die Fälle würden immer komplizierter, immer brutaler, so Beiter damals.

**Hilfen in der Region**

Natürlich sind es nicht nur Partner oder Ex-Partner, die Frauen zu Opfern machen, wie die Pforzheimer Gleichstellungsbeauftragte Susanne Brückner betont. Deshalb seien auch Kampagnen wie „Luisa ist hier!“ wichtig, für die sie gestern in der „Apo-Theke“ gemeinsam mit dem Schirmherrn und Ersten Bürgermeister Dirk Büscher, Partnern

aus der Gastronomie, aus Institutionen und Organisationen den offiziellen Startschuss gab. „Luisa“ ist ein Hilfsangebot für Frauen in der Partyszene. Mit der Frage „Ist Luisa hier?“ können sie sich an das Personal der beteiligten Gastronomiebetriebe wenden und bekommen bei sexueller Belästigung unmittelbar und diskret Hilfe. Ab dem kommenden Jahr soll Luisa auch auf Großveranstaltungen in Pforzheim präsent sein. Brückner verweist zudem auf die „Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung“, die im Siloah St. Trudpert Klinikum eingerichtet wurde. Ziel ist es, Versorgungsstrukturen zu schaffen, die den vergewaltigten Frauen die Zugangswege zu einer guten medizinischen Versorgung und auf Wunsch zu einer Befundsicherung erleichtern.

## Geld für Frauenhäuser

Auch auf Bundesebene sollen die Hilfen ausgeweitet werden. So stellte Bundesfamilienministerin Giffey am Montag das Projekt „Stärker als Gewalt“ vor. Dabei geht es vor allem darum, Hilfsangebote bekannter zu machen und Gewaltopfer zu ermutigen, sich Unterstützung zu holen. Dafür ist unter anderem gestern die Webseite [www.staerker-als-gewalt.de](http://www.staerker-als-gewalt.de) online geschaltet worden. Zudem sollen nach Angaben des Sozialministeriums vom Montag fast vier Millionen Euro jährlich aus dem Bundesinvestitionsprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ in den Südwesten fließen. Es ist auf drei Jahre angelegt. Von Januar 2020 an können die Kommunen in Abstimmung mit den Ländern die auch für Beratungsstellen gedachten Mittel abrufen. Voraussetzung ist, dass die Länder sich „angemessen“ beteiligen. Im baden-württembergischen Haushalt sind 2020 vier Millionen Euro und 2021 acht Millionen Euro eingestellt. Sozialminister Manne Lucha (Grüne) hofft, dass durch die neuen Mittel die Zahl der fehlenden Frauenhaus-Plätze von 633 verringert werden kann. Vorhanden sind aktuell 341 Plätze für Frauen und 411 Plätze für Kinder in den 42 vom Land geförderten Frauenhäusern.